



«Gute Arbeit soll anständig bezahlt werden»

Marie-Louise Spiegel Preuck, Beraterin bei der kantonalen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, äussert sich im Interview zur kantonalen Finanzpolitik und zum anhaltenden Spardruck.

Im vergangenen November hat der Grosse Rat ein umfassendes Sparpaket beschlossen. Wie beurteilst du die Situation?



Generell wird beim Kanton immer mehr gespart. Beim Service public wird abgebaut. Bisherige Dienstleistungen werden gestrichen oder werden kostenpflichtig.

Kantonsangestellte beklagen sich immer wieder über den fehlenden Stufenanstieg bei den Löhnen. Welche Rückmeldungen erhältst du diesbezüglich?

Verschiedene Personen berichten mir, dass sie zwar eine positive Mitarbeiterbeurteilung erhalten hätten, dann aber das Geld für den Stufenanstieg fehlt. Mit dem grossrätlichen Sparpaket wurde für 2013 ja bereits eine Nullrunde bei den Löhnen beschlossen. Gleichzeitig empfinden diese Kantonsangestellten das System des Stufenanstiegs als etwas Willkürliches. Einsteigerinnen und Einsteiger werden tief eingereiht und ihre Möglichkeiten zum finanziellen Aufstieg werden durch die schon seit Jahren verfügbaren Sparrunden eingeschränkt.

Welche Probleme lassen sich bei den Kantonsangestellten sonst noch erkennen?

Ich konnte bei diesen in letzter Zeit einen gewissen Frust feststellen. Bei den tiefen Lohnklassen reicht das Einkommen für eine Familie manchmal nur knapp oder überhaupt nicht

aus, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Bei den höheren Lohnklassen ist der Kanton im Vergleich zum Bund oder gewissen Privatbetrieben nicht mehr konkurrenzfähig. Die Lehrerinnen und Lehrer weisen auch auf den fehlenden Stufenanstieg hin. All diese Rückmeldungen lassen eine gewisse Enttäuschung darüber erkennen, dass die eigene Arbeit nicht genügend honoriert wird.

Die Personalverbände des Kantons haben für den 16. März zu einer Lohnkundgebung auf dem Bundesplatz aufgerufen. Weshalb ist diese Demo notwendig?

Für gute Arbeit soll auch ein entsprechender Lohn bezahlt werden, dafür müssen wir einstehen! Davon sollen die Angestellten auf allen Stufen, aber insbesondere diejenigen mit tie-

«Generell wird beim Kanton immer mehr gespart.»

feren Löhnen, profitieren. Der Kanton darf dabei nicht nur in materielle Dinge investieren, sondern muss auch sein Humankapital berücksichtigen. Neujahrsdankeschreiben sind schön und willkommen, aber eine richtige Anerkennung der eigenen Leistung bemisst sich letztlich auch an konkreten Lohnerhöhungen.

Interview: Oliver Lüthi

Marie-Louise Spiegel Preuck ist seit vielen Jahren kantonale Berufs-, Studien- und Laufbahnberaterin und gleichzeitig Mitglied bei der SP Schwarzenburg

TSCHOU

Paradies in Gefahr

Als Paradies auf Erden. So sieht ein deutsches Beratungsinstitut die Lebensqualität in der Schweizer Hauptstadt. Und tatsächlich: Die Qualität der Bildung, der Gesundheitsversorgung, der Verkehrsinfrastruktur,



die Kulturangebote und Freizeitmöglichkeiten, all das ist Spitze im Kanton Bern, und zwar FÜR ALLE. Ein guter Service public hält die Gemeinschaft zusammen und ist zusammen mit sozialer Sicherheit

das wichtigste Rezept gegen Gewalt und Armut.

Nun wollen im Kanton Bern SVP, BDP und FDP gerade in diesen gesellschaftlich sensiblen Bereichen abbauen. Gleichzeitig wollen Grossverdiener ihren Teil an das Gemeinschaftliche nicht bezahlen. Steuerhinterziehung ist einfacher geworden, auch in unserem Kanton. Unsere «Depardieus» müssen nicht zu Putin emigrieren, sie haben hier effiziente Werkzeuge zum Betrug: Bankgeheimnis, Pauschalsteuer und andere Extrawürste. Leute wie Steuerhinterziehungsprofi Konrad Hummler (Bank Wegelin) empfinden Beiträge ans Gemeinschaftliche als Raub. Ihre Religion sind tiefe Steuern und Steuerwettbewerb. Unsere «Depardieus» zahlen Millionen für neue Villen und stöhnen über ein paar Franken mehr für öffentliche Bildung oder Spitäler. Steuerwettbewerb, Steuerersenkungen und Steuerhinterziehung bereiten auch dem Kanton Bern Sorgen: Jedes Jahr fehlt eine halbe Milliarde für den Service public und die soziale Sicherheit. Was passiert mit der Lebensqualität FÜR ALLE Bernerinnen und Berner? Gleichzeitig soll bei den Löhnen gespart werden. Davon betroffen wäre vor allem die Bildung, wo 60 Prozent der Personalkosten anfallen. Die längerfristigen Konsequenzen für den Kanton Bern wären verheerend!

Ist Bern 2023 noch immer die Welthauptstadt der Lebensqualität? Werden 2023 weiterhin alle Regionen einen guten Service public haben? Das hängt vom Erfolg der SP ab, vor allem bei den Wahlen 2014. Dein Einsatz ist gefragt!

Roland Näf, Grossrat,
Parteipräsident SP Kanton Bern



**Alle an die Kundgebung
vom 16. März 2013, 13.30 Uhr,
Bundesplatz Bern**

Die Grosskundgebung ist eine gemeinsame Aktion aller wichtigen Berufs- und Personalverbände und Gewerkschaften des Kantons Bern.



Die Unterschriften für die Belper Zwillingsinitiativen wurden im Dezember erfolgreich bei der Gemeindekanzlei eingereicht.

Doppelter Energieschub für Belp

Ende Jahr hat die Belper Gemeindekanzlei zwei Energie-Initiativen der SP Belp für gültig erklärt. SP-Sektionspräsidentin Kristin Arnold erläutert im Interview den Inhalt der beiden Vorlagen und äussert sich zur Bedeutung der bevorstehenden kantonalen Abstimmung «Bern erneuerbar».

Was fordern die beiden eingereichten Initiativen?



Nachdem unser Gemeinderat im November 2011 beschlossen hatte, den Beitritt zum Berner Energieabkommen auf die lange Bank zu schieben, war für uns als SP Belp klar, dass wir handeln wollten. Mit der ersten Initiative

fordern wir einen Umwelt- und Energieartikel in der Gemeindeordnung. Dieser erteilt der Behörde den Auftrag, die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde voranzutreiben. Mit der zweiten Initiative fordern wir Mittel zur Einrichtung einer Umwelt- und Energiefachstelle. Eine aufstrebende Gemeinde wie Belp sollte in der Verwaltung über die notwendigen Ressourcen verfügen, um ihre Verantwortung im Umweltbereich wahrnehmen zu können.

Wo steht Belp heute bei der Förderung erneuerbarer Energien?

Unsere Gemeinde hat vor wenigen Wochen eine grosse Solaranlage in Betrieb genommen. Dann verfügen wir mit der «Nahwärmerversorgung Dorf» über eine zentrale Holzschneitzheizung und neu werden unsere Strassen energieeffizient beleuchtet. Belp ist in den letzten Jahren nicht untätig geblieben und hat einige Erfolge in der Energiepolitik vorzuweisen. Was bisher jedoch fehlt, ist eine Gesamtplanung.

Welches Potenzial besteht zur Verbesserung der Situation der Gemeinde im Umwelt- und Energiebereich?

Im Bereich der gemeindeeigenen Liegenschaften wie Schulhäuser zeigt sich grosser Sanierungsbedarf, da der Unterhalt und die zeitgemässe Erneuerung der Gebäude lange Zeit vernachlässigt wurden. Ein anderes konkretes Beispiel: Ein Hausbesitzer muss seine Heizung ersetzen und steht vor der Frage, nochmals eine Ölheizung oder eine andere Technologie einzusetzen. Hier könnte gerade

die Gemeinde oder der lokale Energieversorger eine beratende Rolle einnehmen.

Die Zwillingsinitiativen werden neben der SP auch von der BDP, EVP, GFL und GLP mitgetragen. Wie erklärt sich die breite Unterstützung? Auch bei Mitte-Parteien sind Werte wie Nachhaltigkeit und moderne Umwelttechnologien wichtige Themen geworden, nachdem die SP jahrelang allein auf weiter Flur dafür gekämpft hatte. Nun ist unser Know-how gefragt und wir können es gemeinsam mit den anderen Ortsparteien anwenden. Das freut uns natürlich. Ich denke, in einem Dorf ist das auch eher möglich, wir kennen uns alle; was aber nicht heisst, dass wir immer einig wären!

Wann kommen die beiden Initiativen vors Volk?

Die Belper Stimmbevölkerung wird voraussichtlich am 19. September 2013 über die beiden Vorlagen befinden können.

PODIUM

**Einladung zum Podium «Bern erneuerbar»
Dezentrale, erneuerbare Energieversorgung oder staatlicher Zwang?**

Mittwoch, 13. Februar, 20 Uhr,
Restaurant Kreuz Belp. Eintritt frei!

Moderator: Urs Wiedmer (ARENA, SRF)

Teilnehmer: pro: Antonio Bauen (GR Grüne), Nadine Masshardt (NR SP), Mathias Kohler (GR BDP); **contra:** Stefan Oester (GR EDU), Gerhard Fischer (GR SVP), Peter Brand (GR SVP)

Patronat: Belper Ortsparteien SP (Organisatorin), BDP, EDU, EVP, GFL, GLP und SVP.

Am 3. März stimmt die Kantonsbevölkerung über die Initiative «Bern erneuerbar» und den entsprechenden Gegenvorschlag ab. Welche Bedeutung hat die Vorlage für den Kanton?

Eine Annahme würde es diesem ermöglichen, in der Schweiz eine Vorreiterrolle beim Umstieg auf alternative und nachhaltige Energiequellen einzunehmen. Auch als SP Belp erkennen wir die Wichtigkeit der Vorlage und organisieren deshalb am 13. Februar zusammen mit den anderen Belper Ortsparteien ein kontrastreiches Podium zur bevorstehenden Abstimmung (siehe Infos in separatem Kasten).

Interview: Oliver Lüthi

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN

Menschenwürde und Autonomie für alle?

Es ist der Traum vieler erwerbsloser und ausgesteuerter Personen: Ohne Vorbedingungen jeden Monat rund 2500 Franken auf das Konto zu erhalten. Das ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). In der Schweiz werden zurzeit Unterschriften für eine Volksinitiative zur Einführung des BGE gesammelt. Zeit für eine linke Debatte!

Mit bedingungslos ist ein monatlich vom Staat ausbezahltes Einkommen gemeint, das jede Bürgerin und jeder Bürger zeitlebens erhält, ohne Verpflichtung und Kontrolle. Diese könnten sich auf das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) beschränken und daneben andere Interessen pflegen (Teilnahme an Politik, Sport, Kultur usw.).

Mehr individuelle Freiheit oder Steilpass für neoliberalen Sozialabbau?

Denkbar, dass das bedingungslose Grundeinkommen zu einer besseren Verteilung der Erwerbsarbeit führen würde, wenn die Menschen dank ihm ihre Arbeitspensen reduzieren könnten. Dass es für alle möglich würde, die finanzielle Lücke zum angestrebten Lebensstandard aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Viele Sockelleistungen von Sozialhilfe, AHV, IV, Arbeitslosenversicherung (ALV) oder Ergänzungsleistung (EL) könnten aufgehoben werden. Der administrative Aufwand für die Bedürftigkeitsprüfung bei Sozialhilfe und Ergänzungsleistung könnte drastisch reduziert werden.

Die Initiative für das bedingungslose Grundeinkommen besticht auf den ersten Blick. Vor allem, weil sie die Menschenwürde ins Zentrum stellt. Doch tauchen Fallstricke und ungelöste Fragen auf. Neoliberale Befürworter wittern in ihr ein Instrument zum radikalen Sozialabbau. Zu gerne würden sie eine Annahme der Initiative dafür benutzen, Errungenschaften der Linken bei ALV, AHV und EL aufzuweichen. Die Hemmschwelle für Entlassungen könnte sinken unter dem Vorwand, das BGE sorge ja für Härtefälle.

Rollenzementierung statt Förderung der tatsächlichen Gleichstellung

Aus feministischer Sicht erkenne ich keinen Beitrag des bedingungslosen Grundeinkommens zur Lösung der dringendsten Anliegen zur Gleichstellung der Frauen. Hierzu gehören Lohngleichheit, anständige Mindestlöhne, genügend Plätze in KITAs und Tagesschulen.

Christof Berger



Das bedingungslose Grundeinkommen als neue soziale Sicherung? Eine Volksinitiative bietet Raum für eine politische Debatte.

Das gilt auch für die gerechte Verteilung und Entlohnung von Familienarbeit, Kinderbetreuung sowie Pflege von betagten und chronisch kranken Menschen (Care-Ökonomie). Ohne flankierende Massnahmen würde das bedingungslose Grundeinkommen Frauen weiterhin unterbezahlt in diese Sorge- und Versorgungsarbeiten hineinführen. Bestrebungen, diese Arbeiten gerecht zu entlohnen, würden durch das BGE torpediert. Die Frage, welche

Arbeiten bezahlt oder nicht bezahlt werden, wird von dessen VertreterInnen weiterhin den Marktmechanismen und damit dem Kapitalismus überlassen. Gerade für uns Frauen, die wir immer noch das Gros der unbezahlten Sorgearbeit leisten, birgt das bedingungslose Grundeinkommen die Gefahr der Rollen-zementierung.

Fazit

Die Geschlechtergerechtigkeit wird durch das bedingungslose Grundeinkommen nicht verbessert. Die Initiative hat jedoch das Verdienst, die Diskussion über ein menschenwürdiges Dasein für alle mit der Einkommensfrage zu koppeln. Jedenfalls muss der Druck der Initiative dafür benutzt werden, erkannte Schwachstellen im heutigen sozialen Netz auszumerken und Lücken bei den Schnittstellen zwischen den Sozialversicherungen sowie der Sozialhilfe zu schliessen.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» (BGE) fordert, dass jeder Mensch monatlich ein garantiertes Einkommen erhalten soll. Der Initiativtext lässt Höhe und Finanzierung offen. Mit etwa 2500 Franken monatlich pro erwachsene Person – für Kinder ein Viertel davon – sollen alle ohne Existenzängste in Würde und Freiheit leben können. Arbeitende hätten gleich viel Geld wie zuvor. Wer heute 6000 Franken Lohn verdient, würde neu 2500 Franken Grundeinkommen und 3500 Franken Lohn erhalten. Finanziert würde das BGE mit Lohnanteilen, Einsparungen bei den Sozialwerken sowie zusätzlichen Steuern.



Margret Kiener Nellen ist Nationalrätin und Rechtsanwältin. Sie ist Mitglied der Finanz- und der Rechtskommission des Nationalrats und wohnt in Bolligen BE



SPITZE FEDER

Geht wählen!

Homo-Oeconomicus wählt nur, wenn der Nutzen grösser ist als der Aufwand. Ist das nun neoliberaler Mist, der in Univorlesungen verbreitet wird? Bei weitem nicht! Beispielsweise gefällig?



Student betritt am Morgen um Viertel vor sieben in Huttwil den Regiozug nach Langenthal. Leider sind die Sitzplätze bereits etwas knapp. Infolge einer Sparmassnahme fährt seit letztem Dezember zur Morgenstosszeit nur noch ein Zug statt der vorher zusammengehängten zwei hinunter nach Langenthal. Richtig aufregen können sich aber nur die Passagiere ab der nächsten Station. Für sie gibt es keinen Sitzplatz mehr. Also eine Viertelstunde stehen. Da solle man nicht jammern, konnte man kürzlich in den Kommentaren auf BZ online lesen: In der U-Bahn in New York und Tokio müsse man schliesslich auch stehen. Aha. Schon bevor der Zug die nächste Station mit den vielen designierten Stehern erreicht, folgt erneut ein Anstoss zu politischem Denken. Links am Fenster zieht in Auswil die Toyota-Garage S. Flückiger vorbei. Hier wirkt Garagist Hannes Flückiger, der kürzlich durch seinen Volksvorschlag zur Motorfahrzeugsteuer dazu beitrug, dass diese um einen Drittel gesenkt wurde. Jährlich minus 120 Millionen Franken für den Kanton, vorzugsweise eingespart bei Schulstunden.

Nun zückt Student einen Brief aus der Tasche, den er noch aus dem Briefkasten gefischt hatte, bevor er auf den Zug eilte: Rechnung für Studiengebühren. Neu 800 statt 650 Franken. Dem Junior (wäre er denn so rational wie das Modell an der Uni) sollte das aber gleich sein: Diesen Batzen bezahlen Mama und Papa. Kurz vor dem Aussteigen aus dem Regio erinnert er sich noch kurz an den jüngsten Grossratsbeschluss: Aufgrund von Sparmassnahmen wird die Linie Langenthal-Huttwil ab Sommer 2013 ausgedünnt: Zwischen 9 und 12 Uhr fahren die Züge neu nur noch jede Stunde. Der vernünftige Mensch weiss nun: Wählen lohnt sich!

Hannes Rettenmund,
Co-Präsident JUSO Kanton Bern

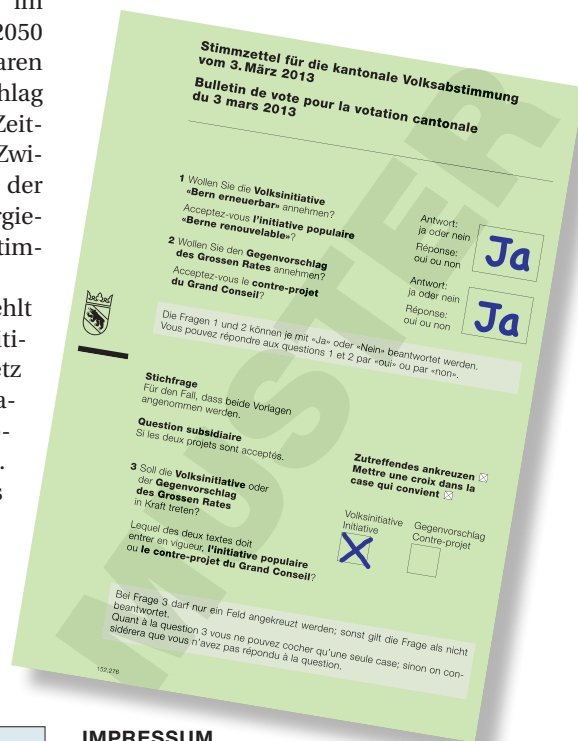
ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ

Ja zur kantonalen und zu allen nationalen Vorlagen!

Am 3. März 2013 entscheidet die Berner Stimmbevölkerung über die Initiative «Bern erneuerbar» und den Gegenvorschlag des Grossen Rates. Die Initiative will, dass im Kanton Bern ab 2035 der Strom und ab 2050 auch die Energie vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Der Gegenvorschlag will die gleiche Grundforderung in einem Zeitraum von 30 Jahren realisieren, aber ohne Zwischenziele. Mit den beiden Vorlagen kann der Kanton Bern eine Vorreiterrolle in der Energiewende einnehmen. Deshalb zweimal JA stimmen am 3. März!

Auch auf eidgenössischer Ebene empfiehlt unsere Partei dreimal Ja: Zur Abzocker-Initiative, zum revidierten Raumplanungsgesetz und beim Familienartikel. Beim Raumplanungsgesetz hat sich ein kantonales Komitee gebildet, dem auch die SP angehört. Die Gegner des Raumplanungsgesetzes malen Horrarszenarien bezüglich steigender Mieten und einer Verknappung des Baulandes an die Wand. Diesen Behauptungen gilt es mit einem klaren Ja an der Urne entgegenzutreten; um damit einem vernünftigen Kompromiss zum

Durchbruch zu verhelfen, der genügend Spielraum lässt für ein massvolles Bauen und eine nachhaltige Entwicklung fördert.



AGENDA

**Treffen mit den Vorständen
der Regionalverbände**

12. März 2013, 18.30 Uhr, SP-Sekretariat

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096,
3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
4. März 2013

ROTES BRETT

**WETTBEWERB: KECKE FRAUENSPRÜCHE
FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE**

Die SP-Frauen Kanton Bern laden alle Frauen und Männer zu einem Wettbewerb ein. Wir suchen nach kurzen und trafen Frauensprüchen (max. 30 Zeichen inkl. Leerschläge) für unsere neuen Postkarten, die wir im Rahmen der Wahlkampagne 2014 kantonsweit verteilen möchten. Die gesuchten Sprüche sollen Frauen motivieren zu kandidieren und aufzeigen, dass politische Arbeit lustvoll und bereichernd ist. Die besten drei Sprüche werden durch das Leitungsgremium prämiert.

Einsendungen an: Angelika Neuhaus,
SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23,
angelika.neuhaus@spbe.ch

GRATIS SCHWEIZER JAZZ HÖREN

Der Verein BeJazz versteht sich als tonangebender Veranstalter und Förderer des zeitgenössischen Jazzlebens der Bundesstadt. SP-Mitglieder kommen gratis in den Genuss der Veranstaltungen von BeJazz. Pro Vorstellung erhalten zwei Personen gegen Vorweisen der SP-Karte freien Eintritt. Reservationen direkt beim Veranstalter mit dem Hinweis «SP-Stühle».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch